

ANSICHTEN UND STANDPUNKTE POLITISCH ENGAGIERTER BÜRGER

zur EU-WAHL vom Mai 2019

A EINLEITUNG

Europa und die EU

Europa ist ein wunderschöner Kontinent. So vielfältig wie seine Landschaft ist, so vielseitig sind auch seine Völker und ihre Kulturen. Europa ist ein Vielvölkerstaat und reicht vom Atlantik im Westen bis zum Ural in Russland im Osten. Rund 746 Millionen Menschen in ca. 50 Ländern bevölkern diesen Kontinent.

Europa ist also nicht die EU (Europäische Union) und die EU ist nicht Europa. Die EU ist eine Institution, in der sich einige - aktuell 28 - europäische Staaten zusammengeschlossen haben. Mehr nicht!

Vivant-Ostbelgien möchte dies klarstellen, denn allzu oft versuchen Politiker, beides zu vermischen, um den Anschein zu erwecken, die EU sei alternativlos.

Frieden und Wohlstand in Europa sind nicht von einer Institution abhängig, sondern vom Willen, sich gegenseitig zu achten und die Freiheit und Eigenständigkeit des anderen zu akzeptieren.

Ursprung und Ziele der EU

Offiziell wurde die EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft), die als Vorläufer der EU angesehen werden kann, mit der Absicht gegründet, durch eine gezielte wirtschaftliche Verflechtung militärische Konflikte für die Zukunft zu verhindern. Der größere Markt sollte das Wirtschaftswachstum beschleunigen und damit den Wohlstand der Bürger steigern.

In den mehr als 60 Jahren seit der Gründung der EWG hat es in Westeuropa keine kriegerischen Konflikte gegeben. Dabei sollten wir allerdings nicht vergessen, dass einige EU-Staaten direkt an Kriegen im Ausland beteiligt waren. Zudem liefern etliche EU-Staaten moderne Waffen in Kriegsgebiete weltweit.

In Sachen Wohlstand sieht die Entwicklung anders aus. Zwar stiegen die Privatvermögen im Durchschnitt kontinuierlich an, doch geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Immer weniger Menschen besitzen den größten Teil des Privatvermögens. Auf der anderen Seite haben sich die EU-Staaten immer weiter verschuldet. Hierfür bürgen die Steuerzahler, die deshalb auch Bürger genannt werden.

Es hat sich gezeigt, dass die EU in erster Linie eine Interessenvertretung europäischer Konzerne ist, auch wenn uns etwas anderes erzählt wurde und wird.

B PROGRAMM

1. Vivant-Ostbelgien zur EU

1.1. Demokratie

Vivant-Ostbelgien steht für eine Stärkung der Demokratie. Das Mitspracherecht der Bevölkerung durch den Volksentscheid auf Initiative der Bevölkerung ist das erklärte Ziel von Vivant-Ostbelgien - dies sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

In der EU gibt es heute ein Demokratie-Defizit, dass es zu beseitigen gilt.

So beklagen wir zum einen die in unseren Augen massiven institutionellen Defizite bei den Organen und Entscheidungsverfahren, die wir als ineffektiv, intransparent und undemokratisch erachten.

So beschränkt sich der direkte Einfluss der Wähler lediglich auf die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments. Alle anderen Organe werden durch die Regierungen der Mitgliedsstaaten besetzt, die allerdings nur indirekt durch die Bürgerinnen und Bürger gewählt werden.

Die größte Macht innerhalb der EU hat die EU-Kommission. Ihre Mitglieder, die Kommissare, werden von den Regierungen der Nationalstaaten nominiert und vom EU-Parlament bestätigt. Von einer demokratischen Legitimation kann hier nicht die Rede sein. Trotzdem bestimmen sie die Richtung, welche die EU einschlägt.

Wir prangern diese spiegelverkehrte Demokratie an, da nicht das gewählte EU-Parlament, sondern die EU-Kommission die wichtigste Instanz der Europäischen Union darstellt.

Und obwohl sich die EU selbst das Subsidiaritätsprinzip auf die Fahne geschrieben hat, wodurch sie nur die Zuständigkeiten übernehmen soll, die auf unteren Ebenen nicht sinnvoll geregelt werden können, nimmt sie immer weiter Einfluss auf die unterschiedlichsten Bereiche, welche eindeutig besser auf tiefer liegenden Ebenen geregelt werden sollten. Die Bevormundung durch die EU nimmt so stetig zu.

Anders herum wird die EU dafür kritisiert, dass Regierungen häufig die EU als übergeordnete staatliche Ebene nutzen, um Initiativen zu verwirklichen, die sie auf nationaler Ebene mangels Rückhalt der Bevölkerung oder der benötigten Zuständigkeiten nicht umsetzen können. So können sich manche Staatschefs Zuständigkeiten aneignen, die sie auf nationaler Ebene gar nicht mehr besitzen. Dies ist nur möglich, da die EU dieses Vorgehen erlaubt, was gleichzeitig zur Entmachtung der nationalen Parlamente führt.

Vor diesem Hintergrund ist es so kaum verwunderlich, dass mittlerweile quasi jedes Gesetz auf nationaler Ebene durch EU-Richtlinien beeinflusst wird.

Deshalb fordern wir die Einführung von bindenden Volksbefragungen, ähnlich der Handhabung in der Schweiz, zu allen bestehenden EU-Verträgen.

1.2. Lobbyismus

Dass die EU in erster Linie eine Interessenvertretung europäischer Konzerne ist, zeigt sich auch an

der Einflussnahme, welche diese auf die politischen Entscheidungen nehmen.

25.000 Lobbyisten, von denen zwei Drittel Unternehmensinteressen vertreten, haben hauptsächlich eine Aufgabe: Die EU-Politik in die Richtung zu leiten, die ihre Auftraggeber sich wünschen. Dieses Spiel geht bereits seit Jahrzehnten so, aber trotzdem bleibt eine wirkliche Kontrolle bzw. Reglementierung über den Einfluss der Lobbyisten aus. Dies ist der beste Beweis dafür, dass dieses System nicht nur geduldet, sondern sogar gewollt ist.

Auch die Tatsache, dass die Konzerne sich die Lobbyarbeit ca. 1,5 Milliarden Euro jährlich kosten lassen, sagt einiges aus!

1.3. EU-Verwaltung & Bürokratie

Die allgemeine Verschwendung durch die EU-Institutionen hat inzwischen unglaubliche Ausmaße erreicht. So stieg die Anzahl der Beamten der Europäischen Union stark an. Alleine im Europäischen Parlament sind rund 7.700 Beamte beschäftigt. Bei der Kommission arbeiten ebenfalls rund 32.400 Beamte.

Die Kosten des EU-Parlaments und dessen Abgeordnete sind ebenfalls unserer Ansicht nach nicht vertretbar. So beliefen diese sich 2018 pro EU-Abgeordneten auf sage und schreibe rund 216.454 Euro monatlich! Diese Summe steht für uns nicht im Verhältnis zu den realen Zuständigkeiten des EU-Parlamentes.

Die Gehälter und Pensionen, die EU-Funktionäre und -Mandatare beziehen, sind übertrieben hoch. Außerdem genießen sie eine äußerst günstige Besteuerung. Hinzu kommt eine Flut von Mitarbeitern, deren Notwendigkeit zu hinterfragen ist.

In puncto Steuergeldverschwendung steht die EU des Weiteren auch an vorderster Stelle. So schätzte der europäische Rechnungshof, dass 2017 rund 3 Milliarden Euro für sinnlose Projekte ausgegeben worden sind.

Weitere kritische Aspekte sind die zunehmende Bürokratisierung und der Regelungswahn der EU, die vermehrt thematisiert werden müssen. Dieser Regelungswahn geht häufig so weit, dass die so erlassenen Reglementierungen schier hanebüchen erscheinen. Ein berühmte Beispiele dafür sind beispielsweise die 52-seitige Schnullerketten-Verordnung, deren Ausarbeitung 2 Jahre in Anspruch nahm, oder die Verordnung über den Krümmungsgrad von Gurken. Solche Verordnungen bedeuten einen hohen administrativen Aufwand, gefolgt von erheblichen Kosten und einen kaum bis gar nicht vorhandenen Nutzen für die Menschen in der EU.

Vivant-Ostbelgien fordert daher:

1. Die Reduzierung aller Gehälter, insbesondere die der EU-Parlamentarier, der EU-Kommissare, der Beamten, der Aufwandsentschädigungen, Pauschalen, Steuerfreibeträge, überzogener Rentenansprüche usw.
2. Die Offenlegung aller finanziellen Zuwendungen und Honorarzahungen von Wirtschafts- und Bankenkonzernen an EU-Mandatare, EU-Kommissare und EU-Mitarbeiter.
3. Die Durchforstung aller EU-Subventionen nach Sinnhaftigkeit und die Streichung aller sinnfreien Subventionen.
4. Die sofortige Beendigung des geld- und zeitraubenden Umzugskarussells des EU-Parlamentes zwischen Brüssel und Straßburg.

1.4. Steuer- und Finanzpolitik

Ein ganz wesentlicher Punkt zum Erhalt der Demokratie ist die Rückführung der Geldhoheit an die

Mitgliedstaaten der EU. Wir fordern deshalb die Abänderung des Artikels 123 des Lissabonner Vertrages, der den EU-Mitgliedstaaten verbietet, Geld selbst in Umlauf zu bringen und stattdessen die Staaten verpflichtet, bei privaten Kreditinstituten Geld zu leihen.

Der Fiskalpakt und der Rettungsschirm ESM wurden in völkerrechtliche Verträge gegossen, welche nicht kündbar sind. Und beide Verträge haben die Haushaltsbefugnisse der nationalen Parlamente gravierend verändert, bis hin zu den Gemeinden. Der Fiskalpakt stellt nicht in erster Linie eine Schuldenbremse dar, sondern eine Schuldenverlagerung, mit dem Ziel der Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen.

Dieser Pakt wurde, wie viele andere Abkommen, im stillen Kämmerlein verhandelt. Nicht die Parlamente oder die Volksvertreter konnten mitreden, sondern die Regierungen haben dieses Papier unter sich ausgehandelt. Der staatliche Finanzierungsbedarf wird in Zukunft von Beamten des Hohen Finanzrates festgelegt, und dieser untersteht keiner demokratischen Kontrolle durch die Parlamente.

Und wie sieht das Resultat dieser EU Politik aus? Die meisten Staaten haben sehr hohe Schuldenberge. Man hat Banken mit Milliarden gerettet, obwohl überall das Geld fehlt. In Brüssel regieren Lobbyisten der großen Konzerne und diktieren die politische Richtung. Der Einfluss der EU ist enorm, die Nationalstaaten verlieren mehr und mehr an Souveränität.

Ein weiterer Punkt, den wir hier ansprechen möchten, ist der steuerliche Aspekt innerhalb der EU. Wir wiederholen hier nochmals unseren Standpunkt, dass Vivant-Ostbelgien sich klar für mehr Steuergerechtigkeit und eine Vereinfachung des Steuersystems ausspricht.

Das Steuersystem soll so vereinfacht werden, dass es für jeden zu verstehen und anzuwenden ist und dass nur noch wenige Steuersätze angewendet werden. Jeder Bürger und jedes Unternehmen hat sich in angemessenem Maße an der Finanzierung des Allgemeinwohls zu beteiligen, nicht mehr und nicht weniger. Das bedeutet aber auch, dass jeder eine gewisse Verantwortung für das Allgemeinwohl zu tragen hat. Ausnahmen und Vorteile für Konzerne, wie dies momentan der Fall ist, lehnen wir kategorisch ab. Die Steuerlast muss insgesamt gesenkt werden.

Wir vertreten ebenfalls den Standpunkt, dass eine niedrigere Steuerlast den Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen muss. In unseren Augen müssen den Bürgern wieder mehr Freiheiten eingeräumt werden, sich persönlich zu entfalten. Eine persönliche Entfaltung führt dann automatisch zu einem geringeren Bedarf an Steuergeldern.

Eine verringerte Steuerlast kann u.a. durch weniger Bürokratie und eine Verschlinkung der Administration erreicht werden. Sehr viel Potential, diese notwendige Veränderung herbeizuführen, sehen wir im Verwaltungsapparat der EU.

Auch in puncto Steuergeldverschwendung sehen wir akuten Handlungsbedarf. Wie bereits erwähnt, werden in der EU jährlich Steuergelder in Milliardenhöhe verschwendet. Wir sehen es als Pflicht einer jeden politischen Institution an, sich gewissenhaft und respektvoll um die öffentlichen Finanzen zu kümmern und diese genau dort einzusetzen, wo sie auch wirklich gebraucht werden. Steuermissbrauch durch die öffentliche Hand und Regierung hingegen muss strafrechtlich verfolgt werden.

1.5. Der EURO

Am 1. Januar 1999 wurde der Euro als Buchgeld eingeführt und drei Jahre später auch als Bargeld. Damit löste er die nationalen Währungen als Zahlungsmittel ab. Dieser Einführung einer gemeinsamen Währung lag die Idee einer europäischen Integration der Bevölkerung zugrunde. Diese Idee beinhaltet allerdings auch, dass die Bevölkerung innerhalb der Mitgliedsstaaten auch die

gemeinsamen Werte kennt und teilt.

Wir sind der Auffassung, dass eine europäische Integration, insofern sie überhaupt möglich ist, nicht von oben herab durch die Einführung einer gemeinsamen Währung herbeigeführt werden kann, sondern von der Basis her, d.h. nur von der Bevölkerung aus wachsen sollte. Eine gemeinsame Währung kann da in unseren Augen nur am Ende dieses Prozesses stehen. Einen Kontinent kann man nicht nur über Geld einigen!

Natürlich ist eine gemeinsame Währung eine interessante Idee, welche einige Vereinfachungen im alltäglichen Leben mit sich bringt und ganz einfach auch bequemer ist, als mit mehreren Landeswährungen umgehen zu müssen. Doch für diese Bequemlichkeiten zahlen wir einen hohen Preis. Nur die Nationalwährungen waren imstande Unterschiede in der nationalen Wirtschaftsleistung einzelner Nationalstaaten durch Veränderung des Wechselkurs auszugleichen. Durch den Euro ist dies nicht mehr möglich. Die verheerenden Folgen konnten wir an der Entwicklung in Griechenland sehen. Und dieses Problem ist immer noch nicht behoben.

1.6. Freihandel

Freihandelsabkommen haben nur sehr wenig mit freiem Handel zu tun. Dass sie nicht frei, sondern im geheimen ausgehandelt werden, sagt einiges. Selbst EU-Parlamentarier haben nur sehr eingeschränkten Zugang zu diesen Dokumenten.

Die Verhandlungen rund um TTIP und CETA haben auch der breiten Öffentlichkeit gezeigt, dass hier nicht ihre, sondern die Interessen der Konzerne Berücksichtigung finden.

Vivant-Ostbelgien lehnt alle Abkommen ab, in denen nicht das Wohl der Bürger aller Partnerländer an erster Stelle steht. Menschenrechte, soziale Leistungen, Natur- und Umweltstandards dürfen nicht aus Profitgier außer Kraft gesetzt werden.

Handel zwischen Ländern ist eine positive Angelegenheit, insofern er auf einer Basis des Miteinanders, der Achtung, der Freiheit und der Gleichberechtigung steht.

Zu den Freihandelsabkommen mit den so genannten Drittweltländern verweisen wir auch auf den nächsten Punkt, 1.7. Migration.

1.7. Migration

Kaum ein Thema ist in den letzten Jahren häufiger in den Schlagzeilen aufgetaucht, als das Thema Migration. Seit 2015 reißt der Strom der Migranten Richtung Europa nicht ab und die EU-Mitgliedsstaaten haben bis dato noch keine Lösung für dieses Phänomen, was international als Flüchtlingskrise bezeichnet wird, gefunden.

Vivant-Ostbelgien vertritt die Ansicht, dass grundsätzlich jeder Mensch in Europa herzlich willkommen ist, wenn er die Möglichkeit und den Willen hat, sich zu integrieren. Unser Motto lautet: „Wenn Du in Rom bist, benimm dich wie die Römer“. Wer in ein fremdes Land zieht, hat sich den dortigen Sitten und Gebräuchen anzupassen.

Vivant-Ostbelgien steht für faire Einwanderungsregeln. Fair bedeutet für uns in diesem Zusammenhang, dass diese Regeln nicht dazu führen, dass die aufnehmende Bevölkerung durch sie benachteiligt wird.

Nichtsdestotrotz muss man, langfristig dafür Sorge zu tragen, dass alle Menschen in ihrer Heimat lebenswürdige und nachhaltige Lebensbedingungen vorfinden. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht

es mehr als bloße Symptombekämpfung. Eine konsequente Ursachenforschung und die langfristige Verbesserung der Lebensumstände in den Herkunftsländern sind der Schlüssel zu einer gelungenen Migrationspolitik. Darüber hinaus können wir in Europa nur eine begrenzte Anzahl von Einwandern aufnehmen. Allein schon rein volkswirtschaftlich betrachtet kann das zu Problemen führen. Eine Integration ist oft auch aufgrund großer kultureller Differenzen nicht möglich.

Eine der Hauptursachen der zunehmenden Flüchtlingswelle ist, neben den Kriegen, die Ausbeutung der Menschen in den Entwicklungsländern durch die Wirtschafts- und Finanzkonzerne der Industrieländer. Es ist die gleiche Ausbeutung, wodurch auch hier in der DG zunehmende Armut und Arbeitslosigkeit entstehen. So genannte Freihandelsabkommen der EU mit Entwicklungsländern zerstören oftmals die Lebensgrundlage vieler Menschen in den Partnerstaaten. So werden überschüssige europäische Nahrungsmittel (z.B. Geflügelfleisch) mittels hoher EU-Subventionen dort günstiger angeboten, als sie vor Ort von den einheimischen Bauern produziert werden können. Dies führt oftmals zur Zerstörung ganzer Sektoren. Viele Bauern und Unternehmer sowie deren Beschäftigte verlieren so ihr Existenzgrundlage. Auf der anderen Seite brüstet man sich damit, Flüchtlinge aufzunehmen, verschweigt jedoch, dass man sie erst durch die eigenen ausbeuterischen Verträge in die Flucht getrieben hat.

Vivant-Ostbelgien setzt sich dafür ein, diese Freihandelsabkommen zu korrigieren, durch grundlegend neue, wirklich faire Abkommen zu ersetzen oder ganz aufzuheben, um so dieser Ausbeutung und dem Zerstören der Lebensgrundlage der Menschen in den Partnerstaaten eine Ende zu setzen.

Vivant-Ostbelgien fordert alle Menschen und insbesondere alle Politiker auf, die nicht nur von den europäischen Werten zu reden, sondern nach ihnen zu leben und den Menschen in anderen Ländern mit Achtung und Menschlichkeit zu begegnen.

Wenn etwas die Menschen dieser Erde vereint, dann vielleicht der innige Wunsch, in seiner Heimat in Frieden und Wohlstand leben zu können. Dies sollte unser Ansporn sein.

1.8. Natur & Umwelt

Der Raubbau, den wir Menschen auf der Erde betreiben, bleibt nicht ohne Folgen. Leittragende sind alle Lebewesen, wir Menschen inbegriffen.

Allein in 2018 wurden weltweit alte Regenwälder auf einer Fläche der Größe Belgiens zerstört.

Die Meere sind voll von Mikroplastik und Plastikmüll. Fische und andere Meerestiere leiden darunter. Der Mensch nimmt durch den Verzehr von Fischen einen Teil in seinen Körper auf, wo es ebenfalls Schäden anrichtet.

Die EU verlängert die Zulassung von Glyphosat um weitere 5 Jahre, obwohl es sehr wahrscheinlich krebserregend ist.

Wir könnten die Liste lange weiterführen. Fakt ist, dass wir Menschen das Wasser verschmutzen, welches wir trinken, dass wir den Boden verseuchen, von dem wir unsere Nahrung erhalten und dass wir die Luft verpesten, die wir atmen. Dass dies nicht intelligent und schon gar nicht weise ist, weiß jedes Kind.

Doch Profit- und Machtgier treiben Menschen weiter, die Folgen zu ignorieren und ohne Rücksicht auf Verluste den Raubbau weiter zu führen. Unser Finanz- und Geldsystem spielt hierbei eine entscheidende Rolle. Durch das Zinseszinsystem ist Raubbau finanziell lukrativer, als nachhaltiges Wirtschaften. Deshalb fordert Vivant-Ostbelgien schon seit seiner Gründung grundlegende Veränderungen in diesem Bereich.

Vivant-Ostbelgien macht sich für ein Leben und Wirtschaften in Einklang mit der Natur stark.

1.9. Digitalisierung

Das Internet erleichtert unser Leben in vieler Hinsicht, sei es im Beruf, der Schule oder im Privatleben. Das Internet ermöglicht uns einen bequemen Zugang zu Wissen und Informationen und erlaubt die Kommunikation rund um den Globus. Dennoch bergen diese neuen Technologien auch einige Risiken, die oft so lange ignoriert werden, bis sie dann tatsächlich zum Problem werden. Solche Risiken zu vermeiden ist das oberste Ziel des Datenschutzes.

Datenschutz betrifft alle personenbezogenen Daten im Hinblick auf den Schutz der Privatsphäre vor Missbrauch. Kernsatz des Datenschutzes ist das Recht auf Privatsphäre und Selbstbestimmung. Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen jedoch, dass sich die Sicherung persönlicher Daten immer schwieriger gestaltet. Schuld an dieser Entwicklung sind einerseits die neuartigen technischen Errungenschaften und andererseits der unachtsame Umgang vieler mit persönlichen Daten.

Experten konstatieren seit Langem eine Auflösung der Privatsphäre in sozialen Netzwerken, denn Nutzer dokumentieren oft detailliert Ausschnitte aus ihrem Leben ohne über mögliche Folgen nachzudenken. Der Wunsch, Freunde und Bekannte an allen Lebenssituationen teilhaben zu lassen, bestimmt oft das Verhalten in diesen Netzwerken. Diese Informationen werden dann oft aus kommerziellen Gründen gespeichert und bearbeitet, ohne dass sich die Nutzer dessen bewusst sind.

Darüber hinaus ist die Privatsphäre seit dem 11. September im Namen der allgemeinen Sicherheit drastisch beschnitten worden. Sicherheit vor Privatsphäre lautet seitdem die Devise. Skandale wie um geheime Abhörmethoden der NSA zeigen wie weit Regierungen bereit sind zu gehen.

Die zunehmende Digitalisierung birgt allerdings auch noch ganz andere Risiken. So kann es beispielsweise zu Gesundheitsproblemen durch Mobilfunk- und WLAN-Strahlung kommen. Viele Experten warnen vor der Einführung der 5G-Technologie beispielsweise, da sie mit hoher Wahrscheinlichkeit von einer schädigenden Wirkung ausgehen. Auch sind Suchtprobleme eine Folge der zunehmend digitalisierten Welt. Das Phänomen der digitalen Demenz tritt ebenfalls vermehrt auf. Demnach führt häufige Nutzung digitaler Medien zum Verlust der kognitiven Fähigkeiten und von sozialen und mentalen Kompetenzen.

Auch die neue Urheberrechtsrichtlinie der EU, welche zur Einführung von automatisierten Uploadfiltern bei Inhalte-Anbietern führen wird, lehnen wir ab. Diese führen zum Verlust der Meinungsvielfalt. So können beispielsweise technische Filter keine Zitate oder Satire erkennen und im Zweifelsfall wird eher mehr, als weniger herausgefiltert. Darüber hinaus kann durch Uploadfilter eine bestimmte Meinung gezielt verbreitet und eingeführt werden.

Die EU arbeitet an einer Richtlinie zur Filterung von "terroristischen Inhalten". Wir haben jedoch die Befürchtung, dass durch solche Maßnahmen neben gefährlichem und eindeutig terroristischen Inhalten auch unliebsame Meinungen in Form von Audio- und Videomaterial entfernt werden könnten. In Kombination mit der Urheberrechtsrichtlinie ermöglicht diese Maßnahme eine breite Kontrolle über des Internet.

Ein hemmungsloser Ausbau und ein kritikloser Fortschrittsglaube in Sachen Digitalisierung sind der falsch Weg!

Vivant-Ostbelgien spricht sich ebenfalls für einen starken Schutz privater Daten aus. Missbrauch persönlicher Informationen für verschiedenste Zwecke, ob kommerzielle, politische oder gar polizeiliche, können nicht gutgeheißen und müssen angeprangert werden. Die Politik und der Staat

sollten sich ihrerseits auch auf den Schutz der Privatsphäre anderer besinnen und aktiv dazu beitragen. Die Angst vor wenigen kann nicht Grund zur Überwachung aller sein.

2. Alternativen zur EU

2.1. Subsidiarität

Fast ganz nebenbei hat die EU inzwischen großen Einfluss und Kontrolle über die Nationalstaaten erlangt, indem sie heute einen gewissen Einfluss auf alle nationalen Gesetze nimmt. 1950 kamen noch 100 Prozent der nationalen Gesetze aus dem jeweiligen Land selbst. 1957 waren es ± 5 Prozent, die ihren Ursprung in der EWG fanden.

Das Subsidiaritätsprinzip besagt, dass eine Aufgabe möglichst von der kleinsten „zuständigen“ Einheit übernommen werden soll. Übergeordnete Einheiten sollen nur dann eingreifen, wenn die unteren Einheiten es nicht können.

Vivant-Ostbelgien verfolgt dabei einen basisdemokratischen Ansatz. Das bedeutet, dass die unterste Ebene, in Belgien, d.h. die Gemeinde, zuerst einmal alle Zuständigkeiten übernimmt. Sie alleine entscheidet, welche Zuständigkeiten sie an die nächst höhere Ebene abgeben möchte. Diese übergeordnete Ebene verfährt dann nach dem gleichen Prinzip usw. Jede Ebene hat zudem jederzeit das Recht, die an eine höhere Ebene abgetretene Zuständigkeit wieder selbst zu übernehmen.

Würde das Subsidiaritätsprinzip korrekt angewendet, würde die ganze Macht in der kleinsten Einheit und sehr nah am Bürger angesiedelt sein. In der EU aber erleben wir aktuell das Gegenteil: Die höchste Ebene missbraucht ihre Macht, nimmt immer mehr Einfluss auf die unteren Ebenen und bestimmt zu großen Teilen die Richtung, in welche diese sich entwickeln sollen. Die unteren Ebenen müssen also nur noch ausführen, man könnte fast sagen, sie werden zu Zuschauern, ohne selbst Einfluss nehmen zu können.

Diese Bevormundung lehne wir ab. Wir machen uns stattdessen für eine offene Diskussion über echte Alternative zur EU stark!

2.2. Europäischer Völkerbund

Vivant-Ostbelgien unterstützt und verteidigt die Grundidee des Zusammenlebens in Frieden und Freiheit der europäischen Völker.

Wir können der Idee einer europäischen Union als freiem Völkerbund viel Positives abgewinnen. Einem freien Völkerbund kann jedes Land beitreten und jederzeit wieder aus ihm austreten. Grundbedingung ist das Einhalten der Menschenrechte, die Achtung der Würde, Freiheit und Eigenständigkeit aller anderen Staaten und Bürger.

In einem solchen Völkerbund existieren alle Staaten neben- und miteinander. Sie arbeiten in den Bereichen zusammen, in denen sie es wünschen. Der Wunsch muss jedoch von den Nationalstaaten ausgehen und darf nicht, so wie jetzt, von einem undemokratischen Gebilde von oben aufgezwungen werden.

Hier fordern wir das vorher beschriebene Subsidiaritätsprinzip auch zwischen Nationalstaat und einem europäischen Völkerbund, insofern die Nationalstaaten eine solchen in Form einer Institution wünschen. Darüber hinaus gibt es auch andere mögliche Formen der Zusammenarbeit, beispielsweise über bi- und multilaterale Zusammenarbeitsabkommen oder über problemgebundene politische

Körperschaften, auf die wir im nächsten Punkt eingehen werden.

Der Grundstein der Europäischen Union wurde von Vertretern europäischer Konzerne gelegt. Ihr Ziel war und ist die Schaffung und Sicherung eines großen Binnenmarkts und die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen zu ihrem Profit. Die europäischen Verträge, wie beispielsweise der Lissabon Vertrag, tragen eindeutig die Handschrift dieser Konzernlobbyisten. Sie wurden tatsächlich zum größten Teil von den Konzernen selbst und nicht von der Politik verfasst. Die EU-Kommission ist lediglich der Handlanger dieser Interessen. Die meisten EU-Vorgaben dienen in erster Linie den Konzernen und nicht den Bürgern.

Wir bedauern, dass heute jede Kritik am bestehenden Kurs der EU sofort als Populismus diskreditiert wird.

Der eingeschlagene Weg der EU hin zu den Vereinigten Staaten von Europa wird als unumkehrbar dargestellt. Wie eine Doktrin von oben wird dies den Bürgern eingetrichtert. Aber ist dies der Weg den die Bürger und Völker Europas wirklich wollen? Und hat es jemals eine sachliche fundierte Diskussion hierzu gegeben?

Wir denken der Bürger sollte hier mitreden und befürworten eine offene und unvoreingenommene Diskussion über mögliche Alternativen zur jetzigen EU.

2.3. Problemorientierte politische Körperschaften

Wie bereits erwähnt, wird die EU von vielen Politikern als alternativlos bezeichnet. Alles andere würde einem Rückfall in den Nationalismus bedeuten.

Vivant-Ostbelgien ist der Meinung, dass wir überall dort, wo uns Alternativlosigkeit suggeriert wird, genau hinschauen sollten.

Die Spanne zwischen der Abschaffung der EU mit einem zurück zu den Nationalstaaten und der bestehenden EU ist sehr weit. Dazwischen gibt es sicher viel zu entdecken.

Neben dem von uns erwähnten europäischen Völkerbund, oder sogar gemeinsam mit diesem, gibt es weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit in Europa.

Problemorientierte politische Körperschaften können eine konstruktive Antwort auf viele drängende Probleme innerhalb der Europäischen Union oder einfach innerhalb Europas sein.

Die gegenwärtigen starren und wenig demokratischen EU Strukturen könnten so durch einen Wiederaufbau von unten ersetzt werden. Hierzu müssten problemorientierte politische Körperschaften zur Bewältigung gemeinsamer Aufgaben gegründet werden.

Die Initiative kann gemeinsam von Gemeinden und Regionen in verschiedenen Ländern sowie von Staaten die miteinander kooperieren wollen ergriffen werden. Gegenstand der Arbeit dieser Körperschaften könnten bildungs- und wissenschaftspolitische Themen die soziale Sicherung, Umweltprobleme, Freihandel, Migration, Sicherheit der Bürger und vieles mehr sein.

3. Ausblick

Die EU steht immer mehr in der Kritik. Ihre fehlgeleitete Finanzpolitik hat die Schulden der Nationalstaaten in astronomische Höhen ansteigen lassen. Trotzdem erhalten europäische Konzerne Steuererleichterungen in Milliardenhöhe. EU-Richtlinien und Verordnungen werden vom Mittelstand immer mehr als bevormundend anstatt unterstützend empfunden. Der BREXIT ist ein deutliches

Zeichen der Unzufriedenheit der Bürger mit der Politik der EU, nicht nur im vereinigten Königreich. Dazu kommt, dass sich die Mitgliedsländer in ihren Positionen und Sichtweisen immer weiter voneinander entfernen, anstatt sich anzunähern.

Trotzdem sollte man festhalten, dass nur wenige Menschen gegen eine europäische Zusammenarbeit, welche hilft, den Frieden auf unserem Kontinent zu sichern und gegen die Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstands durch gemeinsamen Handel sind.

Glücklicherweise brauchen wir uns nicht zwischen der EU in ihrer jetzigen Form und der Rückkehr zu den Nationalstaaten zu entscheiden.

Es gibt Alternativen zur aktuellen Form der Europäischen Union, welche beides vereinen, Freiheit und Zusammenarbeit, Frieden und Wohlstand für alle. Es liegt am politischen Willen und am Willen aller Menschen in Europa, dies herbei zu führen.

Vivant-Ostbelgien ist bereit seinen Beitrag hierzu zu leisten!

Verantwortlicher Herausgeber:

Michael Balter

Vivant-Ostbelgien V.o.G. - Hüllscheid 1 - B-4760 Büllingen
info@vivant.pdg.be - www.vivant-ostbelgien.org